S 1 BA 15/22 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Niedersachsen-Bremen Sozialgericht Sozialgericht Lüneburg Sachgebiet Betriebsprüfungen

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 1 BA 15/22 ER Datum 19.05.2022

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

1.) Die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs/Rechtsmittels

 Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Gegen den Bescheid der Antragsgegnerin vom 02.03.2022

ÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂ wird angeordnet.

Â

Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Û 2.) Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Verfahrens.

Â

Â <u>l.)</u>

Â

Streitig ist die RechtmĤÄ□igkeit einer Beitragsforderung i. H. v. insgesamt

57.770,15 \hat{a}_{\Box} , die im Rahmen einer Betriebspr \tilde{A}_{4} fung gem. \hat{A}_{5} 28 p Viertes Buch Sozialgesetzbuch (= SGB IV) f \tilde{A}_{4} r den Zeitraum vom 01.01.2017 \hat{a}_{\Box} 31.12.2020 nacherhoben wurde.

Der Antragsteller (= Ast.) betreibt ein landwirtschaftliches Unternehmen (Heidelbeeranbau), Für die Ernte beschäftigt er Saisonarbeitskräfte aus osteuropäischen Ländern.Â

Vom 23.09.2021 $\hat{a} \square \square$ 02.03.2022 $f\tilde{A}^{1}/4$ hrte die Antragsgegnerin (= Ag.) beim Ast. eine Betriebsprüfung gem. <u>§ 28 p SGB IV</u> durch. Nach Durchführung einer Anhörung (14.12.2021) forderte die Ag. mit dem Bescheid vom 02.03.2022 vom Ast. Beiträge i. H. v. insgesamt 57.770.15 â∏¬ nach. Zur Begründung wurde im Wesentlichen ausgeführt, dass im Prüfzeitraum diverse â∏∏ im Bescheid im Einzelnen namentlich aufgef $\tilde{A}\frac{1}{4}$ hrte $\hat{a}\square\square$ Saisonarbeitskr \tilde{A} ¤fte unzutreffenderweise versicherungs- und beitragsrechtlich im Rahmen von versicherungsfreien geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen angemeldet und abgerechnet worden seien. Da das regelmäÃ∏ig erzielte Arbeitsentgelt aus den jeweiligen Beschäftigungen die maÃ∏gebliche Grenze von 450,00 â∏¬/M þberschritten habe, sei in Bezug auf die Frage einer geringfügigen Beschäftigung zu prüfen gewesen, ob die BeschĤftigungsverhĤltnisse kurzfristig gewesen seien und keine BerufsmäÃ∏igkeit i. S. des <u>§ 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV</u> vorgelegen habe. Vorliegend sei der Ast. als Arbeitgeber aber fĤlschlicherweise davon ausgegangen, dass keine BerufsmäÃ∏igkeit vorgelegen habe. Dies würde wiederum darauf beruhen, dass er seine Dokumentations- und Ermittlungspflichten verletzt habe:Â

Der Arbeitgeber habe auf Verlangen dem prüfenden Rentenversicherungsträger Auskunft $ilde{A}$ 1 / 4 ber die Art und Dauer der Besch $ilde{A}$ ¤ftigung, den Besch $ilde{A}$ ¤ftigungsort und das Arbeitsentgelt zu erteilen (§ 98 Abs. 1 SGB X). Wegen der Entrichtung von Beitr \tilde{A} ¤gen habe der Arbeitgeber \tilde{A} ½ber alle Tatsachen Auskunft zu geben, die f \tilde{A} ½r die Erhebung der SozialversicherungsbeitrÄxge notwendig seien. Der Arbeitgeber habe für jeden Beschäftigten getrennt nach Kalenderjahren Entgeltunterlagen in deutscher Sprache zu führen und bis zum Ablauf des auf die letzte Prüfung folgenden Kalenderjahres geordnet aufzubewahren (<u>§ 28 f Abs. 1 SGB IV</u>). Dies würde auch für die Entgeltunterlagen von geringfügigen Beschäftigungen gelten. Bei der Aufnahme einer kurzfristigen BeschĤftigung müsse der Arbeitgeber au̸erdem im Wege der sog. vorausschauenden Betrachtungsweise eine Beurteilung $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ber den sozialversicherungsrechtlichen Status treffen. Hierf $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r müsse er die für die Beurteilung des Beschäftigungsverhältnisses notwendigen Informationen vom Arbeitnehmer erfragen und diese zu den Lohnunterlagen nehmen. Aufzeichnungspflichtig seien alle TatbestĤnde, die fľr die Beurteilung der Versicherungspflicht/-freiheit sowie der Beitragsberechnung/-abrechnung und des Meldeverfahrens von Bedeutung seien. Die Aufzeichnungen müssten so beschaffen sein, dass sie von einem sachverst \tilde{A} ¤ndigen Dritten innerhalb angemessener Zeit einen $\tilde{A} \cap \tilde{A}$ berblick \tilde{A} 4ber die Entgeltabrechnung des Arbeitgebers vermitteln kA¶nnen. Die Angaben seien vollstĤndig, richtig, in zeitlicher Reihenfolge und geordnet vorzunehmen. Die Nachweise seien nach § 28 b Abs. 1 S. 4 SGB IV i. V. m. § 8 Abs. 2 Beitragsverfahrensverordnung (= BVV) zu den Lohnunterlagen zu nehmen.

Anlässlich der Besprechung der Spitzenverbände der Sozialversicherungsträger am 06./07.05.1998 sei klargestellt worden, dass fÃ 1 / 4 r die Beurteilung der BerufsmäÃ $^{-}$ igkeit einer kurzfristigen Beschäftigung bei Beschäftigten aus dem Ausland keine strengeren Voraussetzungen als fÃ $^{-}$ / 4 r inländische Arbeitnehmer gelten. Es sei somit auch bei der Beschäftigung von Saisonarbeitskräften zu prÃ $^{-}$ / 4 fen, ob diese dem Kreis der Erwerbstätigen zuzuordnen seien. Sofern die Saisonarbeitskräfte in ihrem Herkunftsland als Arbeitnehmer beschäftigt seien, seien sie dort auch weiterhin versichert und wÃ $^{-}$ / 4 rden auch hinsichtlich der in Deutschland ausgeÃ $^{-}$ / 4 bten Saisonarbeit den Rechtsvorschriften ihres Wohnstaates unterliegen (Art. 14 Nr. 2 Buchstabe b/Ziff i) VO EWG Nr. 1408/71). Die ZugehÃ $^{\$}$ rigkeit zum System ihres Wohnstaates sei durch Vorlage der Bescheinigung A 1 nachzuweisen. In diesem Fall sei fÃ $^{\$}$ / 4 r die Saisonarbeitskr $^{\$}$ x $^{\$}$ fte kein deutsches Recht anzuwenden.

Sofern jedoch die SaisonarbeitskrĤfte in ihrem Wohnstaat nicht beschĤftigt seien, würden nach Art. 13 Abs. 2 Buchstabe a VO EWG Nr. 1408/71 die deutschen Rechtsvorschriften gelten, so dass f $\tilde{A}^{1/4}$ r diesen Personenkreis gepr $\tilde{A}^{1/4}$ ft werden müsse, ob ggf. die Voraussetzung für eine geringfügige Beschäftigung vorlägen. Seit 1998 würde für Saisonarbeitskräfte aus dem (osteuropäischen) Ausland ein bundeseinheitlicher Fragebogen zur Verfügung stehen, durch den sichergestellt werden solle, dass die für die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung auslĤndischer Saisonarbeiter notwendigen Ermittlungen bereits zu Beginn des BeschĤftigungsverhĤltnisses umfassend erfolgen und somit zu einem spĤteren Zeitpunkt grundsĤtzlich keine erneuten Ermittlungen anzustellen seien. Zwar m $\tilde{A}^{1/4}$ sse gem. \hat{A} § 20 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (= SGB X) die Beh \tilde{A} \P rde den Sachverhalt von Amts wegen ermitteln. Sie wÃ1/4rde auch die Art und den Umfang der Ermittlungen bestimmen, wobei sie alle für den Einzelfall bedeutsamen â□□ auch für den Beteiligten $g\tilde{A}^{1/4}$ nstige $\hat{a} \square \square$ Umst \tilde{A} unde ber $\tilde{A}^{1/4}$ cksichtigen m $\tilde{A}^{1/4}$ sse. Entscheidend sei jedoch, dass eine vollstĤndige und zutreffende AufklĤrung des Sachverhalts gewährleistet sei. Der Amtsermittlungsgrundsatz könne allerdings nicht dazu $f\tilde{A}\frac{1}{4}$ hren, dass die Beh $\tilde{A}\P$ rde erst durch eigene Ermittlungen im Nachhinein die Sachverhaltsbeurteilung des Arbeitgebers legitimiere. Dies sei vor allem dann von Bedeutung, wenn ein Umstand objektiv nicht zweifelsfrei belegt werden kanne und somit die AufklĤrung des Sachverhalts nicht gewĤhrleistet sei. In derartigen Fällen müsse nach dem Grundsatz der objektiven Beweis- und Feststellungslast derjenige die Nachteile der Beweislosigkeit tragen, der aus diesen UmstĤnden ein Recht für sich herleite. Die Feststellungslast für das Bestehen von Versicherungs- und Beitragspflicht trage zwar grundsÄxtzlich derjenige, der sich auf ihr Bestehen berufe. Der Beweis für die die Versicherungspflicht/â∏∏freiheit tragenden Tatsachen könne aber nur geführt werden, wenn der Arbeitgeber seinen fýr den Beitragseinzug statuierten Mitwirkungs- und Aufzeichnungspflichten nachkomme. Werde trotz nicht vorhandener oder unvollstĤndiger Unterlagen geltend gemacht, dass Versicherungspflicht nicht bestanden habe, würde es zu einer Umkehr der Beweislast kommen (Bundessozialgericht, Urt. v. 17.12.1985 â∏ 12 RK 30/83). Bei einer Verletzung der Aufzeichnungspflichten habe daher der Arbeitgeber die Voraussetzungen der Versicherungsfreiheit nachzuweisen.

Im vorliegenden Fall würden die Unterlagen nicht die Anforderungen an die Aufzeichnungspflichten erf $\tilde{A}^{1/4}$ llen und k $\tilde{A}\P$ nnten daher nicht als Nachweise f $\tilde{A}^{1/4}$ r die Versicherungsfreiheit kurzfristiger BeschĤftigungsverhĤltnisse anerkannt werden. Zur Durchfļhrung der Betriebsprļfung seien vom Steuerberater des Ast. die Entgelt- und Beitragsabrechnungen sowie die FragebA¶gen zur Feststellung der Versicherungspflicht/-freiheit rumĤnischer und polnischer Saisonarbeitnehmer vorgelegt worden. Diese FragebĶgen hätten aber unplausible Angaben enthalten. Die persĶnliche Lebens- und Erwerbssituation von SaisonarbeitskrĤften lasse sich nicht allein durch das blo̸e Ankreuzen von Feldern und Abstempeln mit (vermeintlich echten) BestÄxtigungstempeln belegen, wenn die Angaben grundsätzlich realitätsfremd oder im Gesamtkontext unplausibel seien. Der Arbeitgeber müsse die im Fragebogen enthaltenen Angaben vielmehr im Einzelfall prÃ1/4fen und beurteilen, ob diese geeignet seien, die Voraussetzung einer kurzfristigen Beschäftigung vor allem mit Blick auf die BerufsmäÃ∏igkeit zu begrýnden. Dies sei jedoch dann nicht möglich, wenn die Angaben im Fragebogen nur $\hat{a} \square \square pro$ forma $\hat{a} \square \square von unzust \tilde{A} ndigen Stellen best \tilde{A} tigt w \tilde{A} 1/4 rden.$ Ebenso sei das Ankreuzen des Feldes â∏Hausfrau/Hausmannâ∏∏ vom Arbeitgeber kritisch zu hinterfragen. Hausfrauen bzw. Hausmänner, die nicht zum Personenkreis der potentiellen Arbeitnehmer bzw. Arbeitssuchenden gehĶren würden, seien Personen, die im Rahmen einer in der privaten Sphäre liegenden Arbeitsteilung einen Haushalt f $\tilde{A}V_4$ r sich und andere Haushaltsmitglieder f $\tilde{A}V_4$ hren, die anstehenden Haushaltsarbeiten verrichten und im Gegenzug von einem oder mehreren Haushaltsmitgliedern unterhalten würden. Allein das Ankreuzen dieser Rubrik sei in diesen FĤllen nicht geeignet, die wirtschaftliche Bedeutung der Beschäftigung im Einzelfall zu beleuchten, bzw. die Zugehörigkeit zum Kreis der potentiell Erwerbstätigen auszuschlieÃ∏en, da eine Differenzierung zwischen tatsÃxchlichen Hausfrauen/HausmÃxnnern und lediglich Erwerbslosen nicht voraenommen werden könne. Das Ankreuzen des Feldes \hat{a} ∏Hausfrau/Hausmann \hat{a} ∏ m \hat{A} ¼sse daher seitens des Arbeitgebers zu weiteren Ermittlungen führen, um den Sachverhalt zweifelsfrei aufzuklären und zu belegen. Geeignete Nachweise wĤren bspw. die Vorlage von entsprechenden Heiratsurkunden zusammen mit den Einkommensnachweisen der Ehegatten oder aber ArbeitsvertrĤge und Entgeltbescheinigungen der FamilienangehĶrigen, die nachweislich den identischen Wohnort bzw. die identische Meldeanschrift hAxtten. Einnahmen aus eigener Landwirtschaft lie $\tilde{A} \square$ en sich z. B. auch $\tilde{A} \frac{1}{4}$ ber Steuerbescheinigungen belegen. Da entsprechende ergĤnzende Ermittlungen nicht durchgeführt worden seien, sei davon auszugehen, dass die betroffenen Arbeitnehmer ihre BeschĤftigungen im Rahmen eines versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses ausgeübt und somit im vollen Umfang der Beitragspflicht in der Sozialversicherung unterlegen hAxtten. Somit hAxtten die bisher nicht gezahlten SozialversicherungsbeitrÄxge im Rahmen der Betriebsprüfung nachberechnet werden müssen.

Mit dem hiergegen am 30.03.2022 erhobenen <u>Widerspruch</u> wurde geltend gemacht, dass nicht nachvollzogen werden könne, warum die Fragebögen in den aufgeführten Fällen unplausible Angaben enthalten würden. In Punkt 6 des in Bezug genommenen Fragebogens werde nur gefragt, ob die betreffende Person â∏Hausfrau/Hausmannâ∏ sei. Diese Frage sei durch einfaches Ankreuzen

entweder mit ânana oder ânaneinâna zu beantworten. Wāxhrend fã¼r alle vorherige Fragen Bestãxtigungen einer offiziellen Stelle gefordert wã¼rden, sei dies in diesem Punkt gerade nicht vorgesehen. Der Ast. sei somit seinen Pflichten zu sozialversicherungsrechtlichen Beurteilung auslãxndischer Saisonarbeiter in vollem Umfang nachgekommen und sei nicht zur weiteren Sachverhaltsaufklãxrung angehalten gewesen. Ãnber den Widerspruch ist noch nicht entschieden.

Au \tilde{A} \square erdem beantragte der Ast. bei der Ag. \hat{A} die Vollziehung der festgestellten Beitragsforderung bis zur Entscheidung \tilde{A}^{1} 4ber den Widerspruch auszusetzen. Diesen Antrag lehnte die Ag. mit dem Schreiben vom 06.04.2022 ab.

Am 25.04.2022 hat der Ast. beim Sozialgericht (= SG) Lüneburg beantragt, im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gegen den Bescheid der Ag. vom 02.03.2022 anzuordnen (\$\frac{5}{1}\$ BA \frac{15/22}{2}\$ ER). Zur Begründung wurde auf das Vorbringen im Widerspruchsverfahren verwiesen. AuÃ□erdem sei zu beachten, dass sogar nach Auffassung der Ag. für ausländische Saisonarbeitskräfte keine strengeren Voraussetzungen als für inländische Arbeitnehmer gelten dürften. Es sei jedoch nicht bekannt, dass inländische Saisonarbeitskräfte zur Ã□berprüfung der BerufsmäÃ□igkeit stets ihre Einkommensverhältnisse Â Â Â Â ôffenlegen müssten. Dem würde auch die Wahrung des Steuergeheimnisses entgegenstehen. AuÃ□erdem würde die Vollziehung der Beitragsforderung eine besondere Härte darstellen, da der landwirtschaftliche Betrieb noch immer an der schlechten Ernte des Jahres 2021 (Befall durch die Kirschessigfliege) leiden würde.

Â

Der Antragsteller beantragt,

Â

 \hat{A} \hat{A} die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs vom 30.03.2022 gegen

 \hat{A} \hat{A} \hat{A} den Bescheid der Antragsgegnerin vom 02.03.2022 anzuordnen.

Â

Die Antragsgegnerin beantragt,

Â

Â Â den Antrag abzulehnen,

Â

Sie hält die Beitragsforderung für rechtmäÃ□ig.

Der Entscheidung wurden die Gerichtsakten und die Akten der Ag. zugrunde gelegt. Auf ihren Inhalt wird Bezug genommen.

Â

Â

Dem Antrag, die aufschiebende Wirkung des Rechtsmittels gegen den Bescheid der Ag. vom 02.03.2022 anzuordnen, hat Erfolg.

Gem. § 86 b Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGG kann das Gericht der Hauptsache auf Antrag in den Fällen, in denen der Widerspruch oder die Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung haben, die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise anordnen. Sofern der Verwaltungsakt im Zeitpunkt der Entscheidung schon vollzogen oder befolgt worden ist, kann das Gericht auch die Aufhebung der Vollziehung anordnen (§ 86 b Abs. 1 S. 2 SGG). Hierbei handelt es sich um ein Â Gegenüber der Hauptsache selbständiges Verfahren, Ã⅓ber welches das Gericht â∏ nach einer summarischen Prüfung der Sach- und Rechtslage sowie der wesentlichen Interessen â∏ durch Beschluss entscheidet (§ 86 b Abs. 4 SGG; vgl. Meyer-Ladewig, Kommentar zum SGG, 13. Aufl., § 86 b, Rz. 7, 16 c). Durch eine Entscheidung im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes soll aber die endgÃ⅓ltige Entscheidung in der Hauptsache nicht vorweggenommen werden (vgl. Meyer-Ladewig, a. a. O., § 86 b, Rz. 31).

Da Rechtsbehelfe gegen Beitragsbescheide â∏∏ einschlieÃ∏lich der Nebenforderungen â∏grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung besitzen (§ 86 a Abs. 2 Nr. 1 SGG), ist der Anwendungsbereich des § 86 b Abs. 1 S. 1 Nr. 2, S. 2 SGG hier erĶffnet. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass die Regelung des <u>§ 86 a Abs. 2 Nr. 1 SGG</u> dazu dient, die FunktionsfĤhigkeit der Sozialversicherung zu sichern. Die VersicherungstrĤger sollen hierdurch davor geschützt werden, dass durch Einwendungen aller Art in einer Vielzahl von FĤllen die fĽr die Leistungen erforderlichen BeitrĤge letztlich nicht mehr in ausreichender HĶhe erhoben werden kĶnnen. Dem Vollzugsinteresse ist daher in den FĤllen des <u>§ 86 a Abs. 2 SGG</u> vom Gesetz grundsĤtzlich der Vorrang eingerĤumt. Dies bedeutet, dass eine aufschiebende Wirkung des Rechtsmittels gegen einen Beitragsbescheid nur dann angeordnet werden kann, wenn im Einzelfall ernstliche Zweifel an der RechtmĤÄ∏igkeit des Verwaltungsakts bestehen (vgl. auch <u>§ 86 a Abs. 3 S. 2 SGG</u>), wobei die Anordnung der aufschiebenden Wirkung eine mit gewichtigen Argumenten zu begründende Ausnahme bleiben muss (Meyer-Ladewig, a. a. O., § 86 b, Rz. 12 a, m. w. N.). Derartige Zweifel können dann vorliegen, wenn der Erfolg des Rechtsbehelfs wahrscheinlicher ist als sein Misserfolg (Meyer-Ladewig, a. a. O., § 86 a, Rz. 27). Dies ist hier der Fall:

Gem. \hat{A} § 8 Abs. 1 SGB IV liegt eine geringf \hat{A}^{1} /4gige \hat{a} und damit versicherungs- und beitragsfreie \hat{a} Besch \hat{A} ×ftigung vor, wenn

1.) das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäÃ∏ig im Monat 450,00 â∏¬

ÂÂÂÂ nicht Ã1/4bersteigt,

Â

2.) die BeschÄxftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf lÄxngstens 2 Monate

 \hat{A} \hat{A} \hat{A} oder 50 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus

Â vertraglich begrenzt ist, es sei denn, dass die Beschäftigung berufsmäÃ∏ig

 $\hat{A} \hat{A} \hat{A} \hat{A}$ ausge $\tilde{A}\frac{1}{4}$ bt wird und ihr Entgelt 450,00 â \Box ¬ im Monat $\tilde{A}\frac{1}{4}$ bersteigt.

Â

Streitig ist vorliegend im Wesentlichen, ob die in dem angefochtenen Bescheid in Bezug genommenen SaisonarbeitskrĤfte ihre BeschĤftigung berufsmĤÄ∏ig ausgeübt haben. Eine solche Feststellung kann hier jedoch nicht getroffen werden, da aus den Angaben der jeweiligen SaisonarbeitskrĤfte in den Entgeltunterlagen und im Fragebogen sowie aus den sonstigen UmstĤnden eine BerufsmĤÄ∏igkeit nicht abgeleitet werden kann.

Der Ast. hat dar A¼ber hinaus auch nicht gegen seine Aufzeichnungspflichten versto̸en. Zwar hat der Arbeitgeber gem. <u>§ 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 9 BVV</u> in den Entgeltunterlagen in Bezug auf den BeschĤftigten die fļr die Versicherungsfreiheit oder Befreiung von der Versicherungspflicht maÄ∏gebenden Angaben aufzunehmen. Dies ist jedoch vorliegend erfolgt, da die bundeseinheitlichen Fragebögen ordnungsgemäÃ∏ ausfÃ⅓llt wurden und insbesondere die in Punkt 6 des Fragebogens aufgeworfene Frage, ob der/die Betreffende ein(e) Hausmann/Hausfrau sei, jeweils eindeutig beantwortet wurde. Damit wurde der Vorschrift des <u>§ 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 9 BVV</u> genüge getan. Es handelt sich insoweit um die Erfüllung von rein formellen Kriterien. Nach dem eigenen Vorbringen der Ag. soll nĤmlich gerade durch den bundeseinheitlichen Fragebogen fÃ¹/₄r Saisonarbeitskräfte aus dem (osteuropäischen) Ausland sichergestellt (!) werden, dass die fýr die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung auslĤndischer Saisonarbeiter notwendigen Ermittlungen bereits zu Beginn des BeschĤftigungsverhĤltnisses umfassend erfolgen und somit zu einem spĤteren Zeitpunkt grundsĤtzlich keine erneuten Ermittlungen anzustellen sind. Damit konkretisiert der Fragebogen aber auch den Umfang der erforderlichen Mitwirkung eines Arbeitgebers. Es kann daher dem Arbeitgeber hinterher nicht zum Nachteil gereichen, wenn er sich auf die ihm von Seiten der SpitzenverbĤnde der SozialversicherungstrĤger angebotene Konzeption des Fragebogens verlĤsst und davon ausgeht, dass mit der Beantwortung des Fragebogens keine weiteren Ermittlungen erforderlich sind. Die Auffassung der Ag. zu den Ermittlungspflichten

des Arbeitgebers ist daher vor diesem Hintergrund in sich nicht schlüssig bzw. widersprüchlich und wirkt konstruiert. Sofern die Ag. der Auffassung ist, dass der bundeseinheitliche Fragebogen nicht alle Aspekte und Zweifelfragen abdeckt, wäre es an ihr gelegen, die Fragen zu präzisieren und dem Arbeitgeber im Vorfeld andere Tools anzubieten. Die Kammer schlieÃ□t sich insoweit vollumfänglich der Argumentation des Ast. im Widerspruchsverfahren und im vorliegenden Rechtsstreit an.

Weiterhin bietet § 8 BVV bzw. das Gesetz keine ausreichende Grundlage, den Arbeitgeber zu komplexen rechtlichen Wertungen und weiteren umfangreichen Ermittlungen zu verpflichten. Die Ag. kann insbesondere einem Arbeitgeber nicht die Vorgabe machen, bestimmten Angaben im dem bundeseinheitlichen Fragebogen von vorneherein keinen Glauben zu schenken. Die Kammer hĤlt dies zum eine für eine unzulässige, vorweggenommene Beweiswürdigung und zum anderen in Bezug auf osteuropÄxische ArbeitskrÄxfte fļr diskriminierend. Ohne auch nicht gestattet, die privaten LebensumstĤnde seiner Arbeitnehmer auszuforschen. Ebensowenig ist der Arbeitnehmer verpflichtet, dem Arbeitgeber seine persĶnlichen VerhĤltnisse zu offenbaren. Sofern die Ag. an dem Wahrheitsgehalt der Angaben der Saisonarbeitnehmer Zweifel hat, liegt es vielmehr ausschlieÄ

lich in ihrem Kompetenzbereich, ergÄ

nzende Ermittlungen vorzunehmen, wobei Â Â allerdings auch sie die rechtlichen Vorgaben aufgrund von datenschutzrechtlichen Regelungen, des internationalen bzw. zwischenstaatlichen Rechts und der allgemeinen GrundsÃxtze der Â Â Â Beweiswürdigung, zu beachten hat. Die Ag. hat im Rahmen des Amtsermittlungsgrundsatzes die erforderlichen Ermittlungen selbst vorzunehmen und kann ihre Ermittlungspflichten nicht zur GĤnze auf den Arbeitgeber abwÃxlzen. Dieser ist keine Behörde i. S. des § 20 SGB X und dementsprechend in seinen ErmittlungsmĶglichkeiten eingeschrĤnkt. Die Darlegungen in dem angefochtenen Bescheid stellen daher grĶÄ∏tenteils eine unzutreffende Interpretation des Amtsermittlungsgrundsatzes dar.

Da somit kein Versto̸ gegen die Aufzeichnungs-, Mitwirkungs- und Nachweispflichten vorliegt, kommt hier auch keine Umkehr der Beweis- und Feststellungslast in Betracht. Nach den vom BSG aufgestellten GrundsÄxtzen trifft fýr den Fall, dass sich trotz Ausschöpfung aller Ermittlungsmöglichkeiten die entscheidungserheblichen Tatsachen nicht mit der erforderlichen Â Â Â Gewissheit feststellen lassen, die Feststellungslast (Beweislast) hinsichtlich der RegelmäÃ∏igkeit i. S. der Nr. 1 des § 8 Abs. 1 SGB IV und hinsichtlich des Grundtatbestandes der Nr. 2 des <u>§ 8 Abs. 1 SGB IV</u> (Unterschreiten der darin genannten Zeitgrenzen) den Arbeitgeber. Demgegenüber trägt der Versicherungsträger die Feststellungslast für die BerufsmäÃ∏igkeit, die im Rahmen eines Streits um die Versicherungspflicht nach § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV eine die Geringfügigkeit möglicherweise ausschlie̸ende und damit den angefochtenen Beitragsbescheid stützende Tatsache darstellt (BSG, Urt. v. 11.05.1993 â_{□□} 12 RK 23/91 â_{□□}, SozR 3-2400 § 8 Nr. 3, SozR 3-2200 § 441 RVO Nr. 1, Rz. 25). Dies ergibt sich bereits aus der Formulierung $\hat{a} \square \square es$ sei denn $\hat{a} \square | \hat{a} \square \square$, die als Generalindikator f $\tilde{A} \frac{1}{4}$ r eine ge \tilde{A} xnderte

Beweislast dient. Der vorliegende Fall ist auch nicht vergleichbar, mit dem Sachverhalt, der dem Beschluss des LSG Niedersachsen-Bremen vom 21.11.2018 (L 2/9 R 260/16) zugrunde lag. Zum einen handelte es sich hierbei um die Ã\[\text{Derpr}A\frac{1}{4}\frac{1}{4}\text{fung einer Beitragsforderung im Rahmen des \text{A\frac{8}{4}}\frac{4}{5}\text{SGB X}\text{, der per se schon die Beweislast dem Adressaten des bestandskr\text{A\text{\text{m}}}\text{ftigen Bescheids zuordnet.} Zum anderen hatte der dortige Kl\text{A\text{m}}\text{ger }\text{A\frac{1}{4}}\text{berhaupt keine Aufzeichnungen bez\text{A\frac{1}{4}}\text{glich der Berufsm\text{A\text{\text{m}}}\text{A\text{\text{m}}}\text{der Saisonarbeitskr\text{A\text{\text{m}}}\text{fte gef\text{A\frac{1}{4}}\text{hrt und auch insoweit nicht substantiiert vorgetragen. Hier liegt jedoch die Situation v\text{A\text{\text{\text{n}}}\text{llig anders, da hier origin\text{A\text{\text{m}}}\text{re Feststellungen der Versicherungs- und Beitragspflicht im Rahmen einer Betriebspr\text{A\frac{1}{4}}\text{fung streitig sind, die Unterlagen vollst\text{A\text{\text{m}}}\text{ndig waren und die Saisonarbeitskr\text{A\text{\text{m}}\text{fte die Fragen in dem bundeseinheitlichen Fragebogen eindeutig beantwortet haben.\text{A\text{}}

SchlieÃ□lich ist zu beachten, dass die Berufung auf den Grundsatz der objektiven Beweis- und Feststellungslast ohnehin erst dann mĶglich ist, wenn sich nach Ausschäfpfung aller Ermittlungsmäfglichkeiten keine entsprechenden Feststellungen treffen lassen (BSG, Urt. v. 08.09.2010 â∏ B 11 AL 4/09 R; Böttiger/Waschull in Diering/Timme, Kommentar zu SGB X, 4. Aufl. 2016, § 20 SGB X, Rz. 29, m. n. N.). Da die BehA¶rde die Art und den Umfang der Ermittlungen selbst bestimmt, steht es ihr zwar grundsÃxtzlich frei, den Angaben der ArbeitskrĤfte in den FragebĶgen Glauben zu schenken. Sofern sie dies nicht möchte, hätte sie aber â□□ auch wenn sie die Auffassung vertritt, dass den Ast. die Feststellungslast für das Kriterium der Â Â Â Â BerufsmäÃ∏igkeit trifft â∏ die von ihr für erforderlich gehaltenen Ermittlungen zunächst selbst durchführen bzw. nachholen müssen. Es ist allerdings nicht ersichtlich, dass die Ag. in Ansehung der im Bescheid nĤher benannten SaisonarbeitskrĤfte die von ihr selbst für erforderlich gehaltenen Ermittlungen auch nur ansatzweise vorgenommen hat. Sie hat damit â∏ bei Zugrundelegung ihrer eigenen Beweisma̸stäbe â∏∏ bei der Bescheiderteilung auch gegen das Verbot des vorzeitigen Verfahrensabschlusses versto̸en.

Da somit eine BerufsmäÃ□igkeit der im Prüfzeitraum beschäftigten Saisonarbeitskräfte nicht nachgewiesen ist, spricht deutlich mehr für den Erfolg des Rechtsmittels, als dagegen. Nach der summarischen Prüfung der Sach- und Rechtslage und dem Abwägungsprozess zwischen dem öffentlichen Interesse an der Vollziehung des Verwaltungsakts und den Belangen des Ast. war daher vorliegend die aufschiebende Wirkung des Rechtsmittels bzw. die Aussetzung der Vollziehung des angefochtenen Bescheids anzuordnen. Ob darüber hinaus der sofortige Einzug der Beitragsforderung zu einer unbilligen Härte führen würde, kann daher dahinstehen.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass eine Verletzung der Aufzeichnungsund Mitwirkungspflichten des Ast. nicht festgestellt werden kann, die Ag. die von ihr für notwendig gehaltenen Ermittlungen zur Feststellung der BerufsmäÃ∏igkeit der osteuropäischen Arbeitskräfte nicht auf den Ast. (Arbeitgeber) abwälzen konnte und eine Beweislastentscheidung erst dann zulässig ist, wenn die Ag. alle von ihr selbst für erforderlich gehaltenen Ermittlungen ausgeschöpft hat. Sofern sich die Ag. aufgrund von faktischen und rechtlichen Hürden, die internationalen Sachverhalten immanent zu sein pflegen, gehindert sehen sollte, entsprechende Ermittlungen vorzunehmen, ist zu beachten, dass Arbeitgeber erst recht keine entsprechenden MĶglichkeiten besitzen. Es wird anheimgestellt, dass die Ag. fĹ⁄₄r einen verbesserten Zugriff auf die Daten der auslĤndischen SaisonarbeitskrĤfte und die Etablierung von entsprechenden Datenverbindungen mit auslĤndischen Dienststellen bezĹ⁄₄glich der Aufnahme entsprechender Rechtsgrundlagen in das EU-Recht bzw. die Sozialversicherungsabkommen bei den zustĤndigen Gremien vorstellig wird. Nach Auffassung der Kammer lĤsst sich die vorliegende Problematik auslĤndischer SaisonarbeitskrĤfte auf der Grundlage der bestehenden Vorschriften nicht in der von der Ag. praktizierten Weise einseitig zu Lasten der Arbeitgeber lĶsen. Es wĤren hierfĹ⁄₄r vielmehr andere prĤzise politische und rechtliche Vorgaben erforderlich.

FÃ⅓r den weiteren Verfahrensverlauf wird schlieÃ□lich zu berÃ⅓cksichtigen sein, dass auch eine Abwälzung der notwendigen Sachverhaltsaufklärung auf das Sozialgericht unzulässig wäre. Zusätzlich zu den prozessualen Möglichkeiten nach § 131 Abs. 5 SGG und § 194 Abs. 4 SGG (vgl. Böttiger/Waschull, a. a. O., Rz. 5) muss die Behörde in diesem Fall damit rechnen, aufgrund des Veranlassungsprinzips unabhängig vom Ausgang des Rechtsstreits in angemessener Form an dessen Kosten beteiligt zu werden.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 197a SGG</u> i. V. m. <u>§ 154 Abs. 1 VwGO</u>.

Erstellt am: 26.08.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024